



FraktionsInfo

SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow

Ausgabe Mai 2015

Inhalt:

Fraktion aktuell:	Haushalts-Auftakt auf dem Pfefferberg	Seite 2
	Erinnern an bewegte Zeiten	Seite 3
Fraktion vor Ort:	... beim Kiezladen Zusammenhalt e.V.	Seite 4
31. BVV:	Initiativen der SPD-Fraktion	Seite 5

Pressemitteilungen:

„Michelangelostraße und Mühlenkiez gemeinsam positiv entwickeln“	Seite 12
„Ausweitung sozialer Erhaltungsgebiete zum Schutz vor Verdrängung“	Seite 13
„Mehr bezahlbarer Wohnraum für Pankow – auch auf der Elisabeth-Aue!“	Seite 14

Herausgeber: SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin, Fröbelstraße 17, 10405 Berlin. Email: spd-fraktion-pankow@berlin.de, Internet: www.spd-fraktion-pankow.de. Redaktion: Rona Tietje (ViSdP), Bertram Schwarz, die Sprecherinnen und Sprecher für die Politikfelder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Fraktion wieder. Redaktionsschluss: 31.05.2015, Erscheinungsdatum: 08.06.2015

Fraktion aktuell

Haushalts-Auftakt auf dem Pfefferberg

Pankow hat Schulden. Auch wenn durch große Anstrengungen inzwischen ein erheblicher Teil davon abgetragen werden konnte, muss der Bezirk nach wie vor Tilgungsraten erwirtschaften, um in absehbarer Zeit Überschüsse wieder selbst investieren zu können. Um diesem Ziel mit der kommenden Haushaltsaufstellung näher zu kommen, diskutierte die SPD-Fraktion Pankow auf ihrer Klausurtagung am 30. Mai den Eckwertebeschluss des Bezirksamts, der die Grundlage für den kommenden Haushaltsentwurf darstellt.



Auf dem Pfefferberg in Prenzlauer Berg legte die Fraktion dabei ihre Prioritäten und Schwerpunkte für die kommenden Beratungen des bezirklichen Doppelhaushalts 2016/17 fest. Zu Beginn stellte der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Torsten Schneider, die erwartete finanzielle Entwicklung im Land Berlin in den nächsten zwei Jahren sowie ihre Auswirkung auf die Bezirke dar. Dabei machte er auch die Risiken deutlich, zu denen unter anderem Neuverhandlungen im Länderfinanzausgleich zählen, aber auch die finanziellen Auswirkungen der derzeit laufenden Volksbegehren. Die Haushaltseckwerte des Senats sehen dabei keinerlei zusätzliche Spielräume vor, was umkämpfte Verhandlungen auf Landesebene erwarten lässt.



Ähnliches gilt auch für den Bezirkshaushalt, wie Bezirksbürgermeister Matthias Köhne ausführte. Durch eine Änderung der Einnahmenvorgabe bei der Parkraumbewirtschaftung fehlen dem Bezirk pro Jahr knapp 3 Mio. €. Dennoch sollen strukturelle Kürzungen vermieden werden. Dafür wird sich auch die SPD-Fraktion einsetzen und dabei gerade die unterdurchschnittlich finanzierten Bezirksregionen im Blick haben. Ein weiterer Schwerpunkt wird auf dem

Ausbau der Personalausstattung im Bezirk liegen. Die Klausurtagung bildete den Auftakt der haushaltspolitischen Beratungen im Bezirk. Nach der Veröffentlichung des Haushaltsentwurfs durch das Bezirksamt wird dieser bis zur Sommerpause in den einzelnen Fachausschüssen diskutiert. Im September soll der Haushalt dann nach letzten Beratungen verabschiedet werden.

Fraktion aktuell

Erinnern an bewegte Zeiten

Unmittelbar vor der 31. Tagung der BVV Pankow am 6. Mai erinnerte die BVV in einer Feierstunde an die Ereignisse des selben Tages vor 25 Jahren: An diesem Tag fanden die ersten freien Kommunalwahlen in der DDR statt. Damalige Akteure blickten gemeinsam mit Bezirksverordneten und Gästen zurück auf eine Zeit, in der alles im Übergang begriffen war.

Christa Müller, damalige Stadträtin für Weißensee, sprach von einer "anstrengenden, sehr aufregenden Zeit, die ich nicht missen möchte." Sie berichtete von den Zufällen, die sie ins Amt brachten und davon, wie sie selbst mit der neuen Aufgabe fremdelte - immerhin wäre ihr eine Position in Staatsnähe unter dem alten System nie in den Sinn gekommen. Nils Busch-Petersen, damaliger Pankower Bürgermeister und heutiger Hauptgeschäftsführer des Berlin-



Brandenburgischen Handelsverbands e.V., erzählte von der zuvor gefälschten Wahl und seiner Erkenntnis, dass man ein undemokratisches System nicht demokratisieren könne. Mit der Zusammenarbeit von Rundem Tisch und Stadtbezirksversammlung etablierte man in Pankow eine Art 2-Kammer-Modell, bei dem die Stadtbezirksversammlung nichts ohne die Zustimmung des Runden Tisches beschließen konnte. So blieb man trotz fehlender Legitimation durch die Wählerinnen und Wähler handlungsfähig.



Als Renate Stark, Trägerin der Pankower Bezirksmedaille und Moderatorin der Feierstunde, danach fragte, was die Akteure von damals aus den Erfahrungen dieser Zeit mitgenommen hätten, antwortete der Prenzlauer Berger Pfarrer Hans-Dieter Winkler: "Wach sein, an sich arbeiten und sich auf die Probleme einlassen, die da sind." Dies konnte auch als Botschaft an die heutigen Bezirksverordneten verstanden werden. Der Mut zur Courage, den diese

drei stellvertretend für viele weitere Pankowerinnen und Pankower in der bewegten Zeit der Wende bewiesen haben, ist auch 25 Jahre später noch immer Inspiration, Demokratie vorzuleben.

Fraktion vor Ort**... beim Kiezladen Zusammenhalt e.V.**

Am 19. Mai war die Fraktion zu Gast in der Dunckerstraße 14 in Prenzlauer Berg. Dort hat der Kiezladen Zusammenhalt e.V. als selbstorganisierter Nachbarschaftstreff bereits seit 22 Jahren seine Räumlichkeiten. Vereinsmitglieder und andere Aktive berichteten von der Vielzahl an Angeboten, die von der wöchentlichen Mietrechts- und Sozialberatung über eine Kleiderkammer bis hin zu kulturellen Angeboten wie Senioren-Kabarett, Filmvorführungen und Lesekreisen reichen. Darüber hinaus finden verschiedene Selbsthilfegruppen hier eine Anlaufstelle. All dies wird rein ehrenamtlich organisiert und nicht nur von den Anwohnerinnen und Anwohnern rund um den Helmholtzplatz wahrgenommen, sondern strahlt inzwischen weit über den Kiez hinaus.

Das Treffen drehte sich neben dem gegenseitigen Kennenlernen aber auch schnell um die finanzielle Zukunft des Vereins. Denn durch das Auslaufen der Sanierungsgebiets Helmholtzplatz muss seit März diesen Jahres die Ladenmiete selbst aufgebracht werden, was zur Hälfte bereits durch Mitgliedschaften und Spenden gelingt. Noch besteht aber eine Finanzierungslücke, die den Aktiven Sorgen bereitet. Hierzu wurden Förderungsmöglichkeiten diskutiert, die jedoch von Seiten des Bezirks sehr begrenzt sind.



Der Kiezladen freut sich daher über weitere Mitglieder und Spenden. Mehr Infos unter <https://kiezladenzusammenhalt.wordpress.com/>.

Bezirksverordnetenversammlung am 06.05.2015**Initiativen der SPD-Fraktion**

Zur 31. ordentlichen Tagung der BVV Pankow hat die SPD-Fraktion fünf Anträge eingebracht, davon ein Bürgerantrag für den Werkstatttratt Weißensee der Stephanus-Werkstätten Berlin gGmbH sowie zwei Anträge zur Michelangelostraße und dem Mühlenkiez, die aus der „Fraktion vor Ort“-Sitzung im April hervorgegangen sind. Die einzelnen Initiativen im Überblick:

Antrag:**Bezirkliche Archive dauerhaft im Landesarchivgesetz verankern! (Drs. VII-0945)**

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich gegenüber der Senatskanzlei dafür einzusetzen, dass bei der geplanten Novelle des Landesarchivgesetzes die Möglichkeit der Bezirke, Heimatarchive und Dokumentationsstellen für bezirkliche Geschichte zu unterhalten, im Gesetzestext verankert bleibt.

In § 1 Abs. 3 des Berliner Landesarchivgesetzes heißt es: „In den Bezirken können Heimatarchive bzw. Dokumentationsstellen für die Geschichte des Bezirks eingerichtet werden. Heimatarchive, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits bestehen, können ihre Aufgaben im bisherigen Umfang weiter wahrnehmen. (...)“

Der Senat plant eine Novellierung des Gesetzes, die unter anderem die ersatzlose Streichung dieses Passus vorsieht. Damit würde die gesetzliche Grundlage für die Existenz der durch die bezirklichen Museen betriebenen Archive entfallen. Dies würde den Weiterbetrieb dieser Einrichtungen als Orte der dezentralen Geschichtsarbeit unter Umständen langfristig erschweren.

 Ohne Änderungen in der BVV beschlossen.

Antrag für den Werkstatttrat Weißensee der Stephanus-Werkstätten Berlin gGmbH:**Sichere Straßenquerung der Darßer Straße auch für behinderte Menschen
(Drs. VII-0946)**

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt und der Verkehrslenkung Berlin für eine sichere Straßenquerung der Darßer Straße für Fußgänger_innen an der Einmündung Darßer Straße/Nachtalbenweg einzusetzen. Insbesondere soll die Aufstellung einer Lichtsignalanlage geprüft werden.

Am Nachtalbenweg 50 in 13088 Berlin-Weißensee befindet sich direkt auf der südlichen Seite der Darßer Straße die anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen Weißensee der Stephanus-Werkstätten Berlin gGmbH.

Das Verkehrsaufkommen auf der Darßer Straße ist sehr hoch und die Fahrzeuge fahren hier mit relativ hohen Geschwindigkeiten. Zu Zeiten des Arbeitsbeginns und des Feierabends ist eine gefahrlose Querung der Darßer Straße fast nicht möglich.

Folgende besondere Gründe sprechen für die Erstellung einer sicheren Querungsmöglichkeit an der der Einmündung Darßer Straße/Nachtalbenweg:

- Ein Großteil der Beschäftigten in der Stephanus-Werkstatt sind behinderte Menschen und kommen mit dem öffentlichen Nahverkehr. Eine Haltestelle befindet sich Darßer Straße/Schwarzelfenweg auf der gegenüberliegenden nördlichen Straßenseite. Die Beschäftigten laufen dort den Weg hinter der Schallschutzmauer bis zum Durchgang. An der Bushaltestelle selbst gibt es zwar eine Mittelinsel als Überquerungshilfe, jedoch ist hier die Darßer Straße sehr schlecht einzusehen.
- Zur Bushaltestelle Darßer Straße/Piesporter Straße in Richtung Hohenschönhausen gibt es auf der südlichen Straßenseite auf der Brücke nur einen engen Radweg (der Fußweg endet an der Einmündung Nachtalbenweg). Wenn man von dort aus zur Werkstatt gelangen möchte, muss man gefahrvoll auf die gegenüberliegende Straßenseite wechseln, die Brücke überqueren, um dann wieder auf die südliche Seite zur Haltestelle zu wechseln.
- Beim Überqueren der Darßer Straße kann die vorhandene Sperrfläche wegen des dichten Verkehrs nicht als Zwischenstopp genutzt werden.
- Im Rahmen der gesundheitsfördernden und entspannenden begleitenden Maßnahmen für die Beschäftigten nutzt die Werkstatt die Naturnähe nördlich der Darßer Straße mit den dortigen Grünflächen. Auch dazu muss die Darßer Straße

überquert werden.

- Auch müssen die Anwohner des gegenüberliegenden Wohngebiets an dieser Stelle die Darßer Straße in Richtung Süden überqueren, um z.B. zum Einkauf zu gehen.
- Des Weiteren scheint diese Stelle als Unfallschwerpunkt bekannt zu sein, da an dieser Stelle häufig Geschwindigkeits- und Verkehrskontrollen stattfinden.

 Überwiesen in den Ausschuss für Verkehr und öffentliche Ordnung.

Antrag:

Ausweitung der Gebiete des sozialen Erhaltungsrechts („Milieuschutzgebiete“) im Bezirk Pankow (Drs. VII-0947)

Die BVV Pankow unterstützt das Bezirksamt in dem Anliegen, die Ausweitung der Anwendung des sozialen Erhaltungsrechts gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 BauGB auf weitere Quartiere des Bezirks Pankow zu prüfen.

Neben den bereits angekündigten Voruntersuchungen in den beiden Gebieten Langhansstraße und Komponistenviertel wird das Bezirksamt ersucht, für weitere Gebiete in Vor-Voruntersuchungen zu überprüfen, ob die Voraussetzungen für den Erlass einer sozialen Erhaltungsverordnung bestehen und welche vertiefenden Untersuchungen im Weiteren erforderlich sind.

Der Fokus der Voruntersuchung soll dabei auf den Randbereichen bestehender sozialer Erhaltungsgebiete liegen und mindestens die folgenden Bereiche umfassen:

- a.) „Bornholm-Nord“ mit der Umgrenzung Andersenstraße, Ibsenstraße/Stavanger Straße, Berliner Straße/Schönhauser Allee/ Bornholmer Straße,
- b.) „Pankow-Süd“ mit der Umgrenzung Elsa-Brändström-Straße, Prenzlauer Promenade, Wisbyer Straße,
- c.) „Danziger Straße Mitte“ mit der Umgrenzung Greifswalder Straße, John-Schehr-Straße, Kniprodestraße, Danziger Straße,
- d.) „Danziger Straße Ost“ mit der Umgrenzung Kniprodestraße, Conrad-Blenkle-Straße/Fritz-Zubeil-Straße, Landsberger Allee, Danziger Straße.

Die im Bezirk festgelegten Gebiete des sozialen Erhaltungsrechts haben sich gemäß der

Zwischenberichterstattung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Grünanlagen bewährt. Für Mieterinnen und Mieter sowie Eigentümer bestehen Klarheit und Rechtssicherheit bezüglich der Zulässigkeit von (baulichen) Änderungen und Nutzungsänderungen sowie insbesondere bei Modernisierungen und der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.

Durch die vom Senat erlassene Umwandlungsverordnung wird die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in den sozialen Erhaltungsgebieten drastisch erschwert. Damit ist das durchaus lukrative Geschäftsmodell des Ankaufs von Mehrfamilienhäusern zum Zwecke der anschließenden Umwandlung in Eigentumswohnungen – egal ob mit oder ohne umfassende Modernisierung – in diesen Bereichen kaum noch möglich und die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung wird vor Verdrängung geschützt. Nichtsdestotrotz behält dieses Geschäftsmodell für Investoren seinen Reiz und bietet unverändert gute Möglichkeiten zur Realisierung erheblicher Gewinne in vergleichsweise kurzem Zeitraum. Es ist daher absehbar, dass sich derartige Vorgänge auf die bisher noch nicht im Fokus liegenden Quartiere, die an bevorzugte Lagen mit hohen Aufwertungsprozessen und Verdrängungspotenzialen angrenzen, verlagern und möglicher Weise sogar im Umfang ausweiten werden. Deshalb ist eine frühzeitige Überprüfung der örtlichen Gegebenheiten sinnvoll, um gegebenenfalls vor Eintreten derartiger Entwicklungen handeln zu können.

 Überwiesen in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Grünanlagen.

Antrag:

Durchführung einer Planungswerkstatt Michelangelostraße (Drs. VII-0948)

Das Bezirksamt wird ersucht, im Rahmen der Vorbereitungen eines Aufstellungsbeschlusses eines Bebauungsplanes für das Gebiet beiderseits der Michelangelostraße zeitnah eine Planungswerkstatt einzurichten und durchzuführen.

An dem Werkstattverfahren sind die Akteure vor Ort, insbesondere die Interessenvertretungen der Anwohner_innen, die an der Michelangelostraße engagierten Wohnungsbaugesellschaften und –genossenschaften, das Land Berlin und die BVV zu beteiligen.

Zielsetzung des Werkstattverfahrens ist es, bei der Untersuchung und Konkretisierung der baulichen Verdichtungsplanung die strukturellen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten und daraus resultierenden (Mehr-)Bedarfe einzubeziehen und unter besonderer Berücksichtigung der verkehrlichen und technischen Erfordernisse Parameter für eine Gesamtkonzeption für eine hohe Standort- und Wohnqualität zu entwickeln.

Die Ergebnisse des Werkstattverfahrens sind angemessen und in geeigneter Weise im Entscheidungsprozess sowie bei der Erstellung des ISEK einzubetten und zu berücksichtigen.

Der Prozess der Beteiligung ist mit den Ausschüssen für Stadtentwicklung und Grünanlagen sowie für Verkehr und öffentliche Ordnung abzustimmen, über seinen Fortgang ist der BVV regelmäßig Bericht zu erstatten.

Das große öffentliche Interesse der Anwohner der Michelangelostraße an den Ergebnissen des Ideenwettbewerbs zu den Planungsabsichten und Zielen einer Bebauung beiderseits der Michelangelostraße, insbesondere deren rege Anteilnahme und Meinungskundgabe in den Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung und Grünanlagen, der Informationsveranstaltung in der Gethsemanekirche und der Ausstellung des Siegerentwurfs in den Räumen der Sparkasse Greifswalder Straße belegen eindrucksvoll, von welcher großer Bedeutung die Schaffung von Teilhabe- und Einflußmöglichkeiten ist. Die Schaffung von Öffentlichkeit und Transparenz in Gestalt von Beteiligungsmöglichkeiten bereits zu Beginn des Planverfahrens ist geeignet, Konflikte im Planungsverlauf zu entschärfen und dem sog. „NIMBY-Effekt“ (not in my backyard) entgegenzuwirken.

Das Werkstattverfahren ist hierbei ein besonders geeignetes Mittel, um die betroffenen Anwohner_innen zu erreichen, in den Planungsprozess einzubinden und Detailkenntnisse des Projekts zu vermitteln um so eine breite Zustimmung und Akzeptanz der Anwohner für die beabsichtigte Bebauung zu erreichen.

 Überwiesen in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Grünanlagen.

Antrag:

Erstellung eines Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Mühlenkiez (Drs. VII-0949)

Das Bezirksamt wird ersucht, für den Mühlenkiez, gelegen im Bereich Storkower Straße, Greifswalder Straße, Michelangelostraße (Lebensweltlich orientierter Raum LOR 03061429), die Erstellung einer integrierten Entwicklungskonzeption (ISEK) öffentlich auszuschreiben und die Auftragsvergabe mit dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Grünanlagen abzustimmen.

Ziel des zu erstellenden ISEK ist es, die städtebaulichen Missstände zu erfassen um eine Basis zur Koordinierung von Einzelmaßnahmen zu schaffen und zugleich eine Grundlage

für die Ausreichung von Fördermitteln durch das Land Berlin zu bilden.

Handlungsschwerpunkt bilden hierbei vor allem Aufwertungsmaßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Raumes und des Wohnumfeldes sowie die Anpassung an geänderte Nachfragestrukturen (alternde Bevölkerung), um einem weiteren Verfall entgegenzuwirken und eine Steigerung der Wohn- und Lebensqualität zu erreichen. Insbesondere sind im Rahmen eines ganzheitlichen Konzeptes unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Bebauungsplanungen an der Michelangelostraße aufzuzeigen:

- der bestehende Sanierungs- und Erweiterungsbedarf an Grünflächen
- der Bedarf an einem Verkehrswege- und Beleuchtungskonzept
- ob ein Defizit an Spielplätzen besteht
- der bestehende Sanierungs- und ggf. Erweiterungsbedarf an Schulen, Kindertagesstätten, Sport- und generationsübergreifenden Angeboten
- die Verbesserung / Ausweitung der Anbindung an den ÖPNV

In den Prozess der ISEK-Erstellung sind die Akteure vor Ort, insbesondere die Anwohner_innen und die vor Ort engagierten Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften aktiv einzubeziehen. Der Prozess der Beteiligung ist mit der BVV abzustimmen.

Entstanden in den 70-iger Jahren in der seinerzeit üblichen Plattenbauweise, zeichnet sich der Mühlenkiez aufgrund des hohen genossenschaftlichen Wohnungsanteils durch einen geringen Bevölkerungsaustausch aus, viele der rund 7000 Anwohner sind noch Erstbezieher aus der Entstehungszeit. Demgemäß ist der Anteil älterer Anwohner mit gut einem Drittel besonders hoch. Zugleich weist der Sozialatlas für diesen Bereich einen überdurchschnittlichen Anteil von Arbeitslosen, insbesondere Langzeitarbeitslosen, aber auch eine hohe Jugendarbeitslosigkeit aus.

Dennoch ist der Mühlenkiez derzeit kein Bestandteil der Förderprogramme Stadterneuerung oder Soziale Stadt. Laut Aussage des Bezirksamts sowie der Senatsbaudirektorin ist der Mühlenkiez zwar im Programm Stadtumbau Ost als sog. „schlafendes Gebiet“ enthalten, jedoch derzeit ohne Förderung. Dies verdeutlicht, dass dieses Gebiet entgegen den o. g. Problemlagen keine Priorität genießt, in das mit finanzieller Unterstützung städtebaulich und sozial eingegriffen werden muss.

Aktuell stehen die Planungen und Entwicklungen im Ernst-Thälmann-Park und an der Michelangelostraße im Fokus des öffentlichen Interesses. Während im Ernst-Thälmann-Park aus Ausgleichsbeträgen der ausgelaufenen Sanierungsgebiete erhebliche

Finanzmittel investiert werden, umfasste das Wettbewerbsgebiet für die geplante Bebauung an der Michelangelostraße nur die zu bebauenden Flächen südlich und nördlich derselben, der Mühlenkiez blieb außen vor. Die Planungen an der Michelangelostraße dürfen jedoch nicht isoliert im eng begrenzten Wettbewerbsgebiet betrachtet werden, haben diese doch erhebliche Auswirkungen darüber hinaus auf das gesamte Gebiet des Mühlenkieses.

Daher sind Verbesserungen erforderlich, wie z. B. die Schaffung generationenübergreifender Begegnungsräume, von Wegen und Sitzbänken, eine verbesserte Ausleuchtung sowie die Sanierung von Spiel- und Bolzplätzen, Grünflächen, Schulhöfen und Kitas. Die Auswirkungen und ein möglicher Ausgleich für wegfallende Grünflächen und Stellplätzen an der Michelangelostraße soll hierbei ebenso geprüft werden wie eine bessere Anbindung an den ÖPNV.

Um der Gefahr eines (weiteren) Abhängens des Mühlenkieses von der rundherum stattfindenden Umgebungsentwicklung und der Entstehung eines sozialen Brennpunktes entgegenzuwirken, bedarf es nunmehr eines ganzheitlichen Planungsansatzes in Form eines ISEK, das Planungen, Konzepte und Ideen der Fachbereiche des Bezirksamts, der Akteure auf dem Wohnungsmarkt sowie der Bürger_innen, Vereine und anderer Organisationen vor Ort vereint und somit die Grundlage des Handelns aller Beteiligten sowie der finanziellen Förderung aus dem Bund-Länder-Programm „Stadtumbau Ost“ bildet.

Bei der Konkretisierung von Einzelmaßnahmen kann auf die bereits vorliegende Bestandsaufnahme des Studienprojektes „ohne Moos was los! Zukunftsperspektiven für den Mühlenkiez“ des Instituts für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin zurückgegriffen werden.

 Überwiesen in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Grünanlagen.

Pressemitteilung vom 06.05.2015**Michelangelostraße und Mühlenkiez gemeinsam positiv entwickeln***SPD-Fraktion Pankow: Planungswerkstatt und ISEK für ganzheitliche Quartierslösung*

Zu verschiedenen Veranstaltungen der letzten Wochen nutzten Anwohnerinnen und Anwohner der Michelangelostraße die Gelegenheit, ihre Anmerkungen und Kritik zum dort geplanten Neubauvorhaben zu äußern. Um einen direkten Austausch der Planungsbeteiligten mit den Vertreter_innen der Bestandsmieter_innen zu gewährleisten und sicherzustellen, dass die Einwände der Betroffenen im weiteren Projektverlauf Berücksichtigung finden, setzt sich die SPD-Fraktion Pankow zur heutigen 31. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) für die Einrichtung einer Planungswerkstatt ein. Diese soll aus der Interessenvertretung der Anwohner_innen, den an der Michelangelostraße engagierten Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften sowie Vertreter_innen des Landes Berlin und der BVV bestehen. Zudem ist in den vergangenen Wochen deutlich geworden, dass ein Großprojekt wie die geplante Bebauung an der Michelangelostraße nur gelingen kann, wenn das Quartier insgesamt Berücksichtigung findet und als Ganzes profitiert. Deshalb soll ein Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) für den Mühlenkiez erarbeitet werden, um unter anderem eine bedarfsgerechte Ausstattung mit Grün- und Spielflächen, generationsübergreifenden Angeboten sowie eine verbesserte Anbindung an den ÖPNV zu erreichen.

Dazu erklärt der stadtentwicklungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Mike Szidat: „Der Mühlenkiez ist in der bisherigen Entwicklung der Umgebung außen vor geblieben. Die Erstellung eines ISEK bietet die Gelegenheit, die Neubebauung der Michelangelostraße mit einer Aufwertung des Umfeldes zu verbinden. Hierbei ist die Planungswerkstatt ein wichtiger Baustein. Alle Akteure haben damit die Möglichkeit, zu einer nachhaltig positiven Quartiersentwicklung beizutragen.“

Pressemitteilung vom 06.05.2015**Ausweitung sozialer Erhaltungsgebiete zum Schutz vor Verdrängung***SPD-Fraktion Pankow fordert Milieuschutz-Voruntersuchung für gefährdete Quartiere*

Seit vielen Jahren nutzt der Bezirk Pankow die Möglichkeit, das soziale Erhaltungsrecht (§ 172 Abs.1 S.1 Nr. 2 BauGB) auf Quartiere anzuwenden, in denen Mieter_innen in besonderem Maße von Verdrängung durch Modernisierungen oder die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen gefährdet sind. Die SPD-Fraktion Pankow unterstützt diese Maßnahmen und setzt sich in der heutigen 31. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow dafür ein, weitere Gebiete dahingehend zu überprüfen, ob die Voraussetzungen für den Erlass dieses so genannten „Milieuschutzes“ vorliegen. Ziel des Antrags ist es, der Entstehung von Verdrängungsprozessen in gefährdeten Gebieten vorzubeugen.

„Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen ist nach wie vor ein lukratives Geschäftsmodell und einer der Hauptgründe für die Verdrängung alteingesessener Mieter_innen aus ihrem Wohnumfeld. Seit dem Erlass der Umwandlungsverbotsverordnung durch den Berliner Senat ist dies in sozialen Erhaltungsgebieten allerdings kaum noch möglich. Bestandsmieter_innen werden dort also wirksam geschützt“ stellt der SPD-Bezirksverordnete Roland Schröder dar. „Umso größer ist die Gefahr, dass nun Gebiete in den Fokus von Investoren rücken, die an die geschützten Quartiere angrenzen. Deshalb ist es sinnvoll, Vorbereitungen zu treffen, um die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung auch in den Nachbarlagen schützen zu können.“ Für die Gebiete Langhansstraße und das Komponistenviertel hat das Bezirksamt Pankow bereits Voruntersuchungen angekündigt. Mit dem jetzigen Antrag der SPD-Fraktion könnte sich die Zahl der im Bezirk Pankow geschützten Quartiere von derzeit 10 auf bis zu 16 erhöhen.

Pressemitteilung vom 06.05.2015**Mehr bezahlbarer Wohnraum für Pankow – auch auf der Elisabeth-Aue!**

SPD-Fraktion Pankow zur Abstimmung in der heutigen 31. Tagung der BVV

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow hat heute mit den Stimmen von Linken, Grünen und CDU beschlossen, die von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt angestrebte gemeinsame Absichtserklärung mit dem Bezirksamt Pankow und den Wohnungsbaugesellschaften HOWOGE und GESOBAU für Bauvorhaben im Pankower Norden nicht unterschreiben zu lassen. Bereits im Vorfeld warb die SPD-Fraktion intensiv für eine Unterzeichnung und stimmte bei der namentlichen Abstimmung (28 Ja | 20 Nein | 0 Enthaltung) am heutigen Abend mit Nein. Dazu erklären Mike Szidat (stadtentwicklungspolitischer Sprecher) und Roland Schröder (verkehrspolitischer Sprecher): „Durch die heutige Entscheidung hat sich die BVV selbst jeglicher Mitsprachemöglichkeit beraubt und damit insbesondere den Interessen der Anwohner_innen im Umfeld der Elisabeth-Aue schwer geschadet. Anstatt im Dialog mit den Planungspartnern Kriterien für eine verträgliche Bebauung zu verhandeln, sind Bevölkerung und Bezirk jetzt nur noch Zaungäste. Die Senatsverwaltung hat bereits angekündigt, die bisher existierende Steuerungsrunde nicht fortzuführen und nur noch auf die Zuarbeit der bezirklichen Verwaltungsebene zurückzugreifen. Die Ablehnung der Absichtserklärung durch die BVV verhindert deshalb nicht die Bebauung der Elisabeth-Aue. Sie verhindert lediglich die Gestaltung der Bebauung im Sinne der Anwohner_innen und des Bezirks.“

Die SPD-Fraktionsvorsitzende Rona Tietje erklärt: „Die SPD-Fraktion steht klar für bezahlbaren Wohnraum in Pankow. Dazu gehört neben dem Schutz der Bestandsmieter_innen auch Neubau, sowohl im Innenstadtbereich als auch am Stadtrand. Gerade Großprojekte wie auf der Elisabeth-Aue oder an der Michelangelostraße bieten die Chance, mit städtischen Partnern günstige Mieten in einem lebenswerten Umfeld mit angemessener sozialer Infrastruktur und guter ÖPNV-Anbindung zu schaffen. Das geht aber nur, wenn Anwohner_innen, Bezirk und Senat gleichermaßen gesprächsbereit sind.“